

43% der Rentnerinnen und 19% der Rentner in Deutschland beziehen eine Rente von unter 600,00 €¹. Zwar heißt das nicht, dass alle diese Menschen nicht mehr als diesen Betrag im Monat zur Verfügung haben, aber auch nicht alle sind durch zusätzliche (betriebliche, private) Vorsorge darüber hinaus abgesichert. Die Renten sind ein seit Jahren erkanntes, ungelöstes Problem, das sich u.a. durch die demographische Entwicklung weiter verschärft. *Josef Schmid* greift das in diesem Zusammenhang entstandene Stichwort der Generationengerechtigkeit auf und beleuchtet Zustand und Perspektiven der Alterssicherung.

„Bürgergeld“ heißt ein Projekt der neuen Bundesregierung, das nicht zuletzt auch der Rentenproblematik beikommen will. *Rolf Heinze* und *Jürgen Schupp* analysieren es mit der Fragestellung, ob sich hier das viel diskutierte „Bedingungslose Grundeinkommen“ andeutet.

Soziale Fragen bestimmen auch die Strategien der Gewerkschaften unter der unabwendbaren Entwicklung zum Energiewandel. Wie ist der Lebensstandard der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den betroffenen Industrien und Regionen zu sichern. Aus dem bisher prägenden »industriellen Klassenkonflikt« wird so ein »sozial-ökologischer Transformationskonflikt«. Ein Befund aus der Kontroversdokumentation (*Edmund Budrich*).

Weiteres Material zum Themenfeld Sozialpolitik hält das *GWP-Online-Archiv* mit zahlreichen Texten bereit.

Was in den Reformentwürfen der Ampel-Koalition noch nicht ausreichend deutlich wird, ist die Antwort auf die Frage nach der Finanzierung. *Roland Sturm* wirft einen kritischen Blick auf die „kreative“ Budgetierung der neuen Bundesregierung (jüngstes Beispiel: der 60-Milliarden-Deal), mit der eine demokratisch höchst bedenkliche Praxis der Vermeidung der parlamentarischen Kontrolle des Haushalts fortgesetzt wird.

Auch die EU hat Haushaltsprobleme. Sie muss den von der Corona-Pandemie wirtschaftlich besonders betroffenen Ländern helfen. Sie tut das mit einem Verfahren, das von EU-Kritikern bislang mit der Bezeichnung „Transferunion“ schärfstens abgelehnt wird. *Jens van Scherpenberg* analysiert den politisch wie wirtschaftlich hochinteressanten Vorgang.

Ferner: Frankreich – die Präsidentschaftswahl (*Henrik Uterwedde*); und Frankreich – antagonistische Radikalisierung der politischen Bildung in der Schule nach dem Paty-Attentat (*Andrea Szukala*); die Nachfolger Jugoslawiens und die Demokratie (*Oliver Kannenberg*); Was brachte die Klimakonferenz von Glasgow (*Wuppertal-Institut*)? Die Bundestagswahlergebnisse in Ost und West (*Hendrik Träger*) das „besondere Buch“ von Sarah Wagenknecht (*Barbara Zehnpfennig*); Wie weiter nach Corona? Eine Unterrichtsreihe (3. Preis im GWP-Ideenwettbewerb) von *Christian Fischer*; Fachdidaktik Wirtschaft (*Felix Schreiber/Malte Ring*).

In eigener Sache: Ein Wechsel in der Herausgeberschaft ist bekannt zu machen. Prof. *Stefan Liebig*, Vorstandsmitglied im DIW Berlin und Direktor des SOEP (Sozioökonomisches Panel) und *Johannes Kopp*, Professor für Empirische Sozialforschung, Universität Trier, wechseln aus der operativen Herausgeberschaft² in den wissenschaftlichen Beirat. In die Herausgeberschaft tritt ein Prof. *Stefan Immerfall*, Abteilungsleiter Soziologie der PH Schwäbisch-Gmünd. Herzlich willkommen!

Und für die politische Bildung in Deutschland ist des im vergangenen Oktober verstorbenen *Hans-Georg Wehling* zu gedenken. Sein Name ist untrennbar mit dem „Beutelsbacher Konsens“³ verbunden. Er formulierte 1976 diesen Konsens einer Expertenrunde auf die drei Grundsätze – Verzicht auf Überwältigung, Herstellung von Kontroversität, Befähigung zur demokratischen Teilhabe. Sie bilden bis heute den ethischen Kern der politischen Bildungsarbeit.

Die Herausgeber

Anmerkungen

- 1 www.demografie-portal.de/
- 2 Über die Arbeitsweise von GWP siehe: <https://budrich.de/GWP/GWP-Hinweise-Autoren-Autorinnen-2021.pdf>
- 3 Wehling, Hans-Georg 1977: Konsens à la Beutelsbach?, in: Schiele, Siegfried/ Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S.179-180